

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Als gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in natürlicher Folge der allgemeinen Kulturentwicklung die Grundlagen und Schranken der bisherigen politischen, religiösen und soziologischen Gesellschaftsordnung zu wanken begannen, machten die davon betroffenen Gesellschaftskreise nach dem beliebten Grundsatz „post hoc ergo propter hoc“ die Juden hierfür verantwortlich. Da diese nämlich durch die Emanzipation seit einigen Jahrzehnten in der westeuropäischen Welt zu Ansehen und Einfluß gelangt waren, bezeichnete man sie nunmehr als die „Vorkämpfer des Liberalismus, Sozialismus und Kommunismus“ als die „Elemente des Umsturzes“, die „Feinde der Kirche“, die „Propheten des Internationalismus“ und dgl. Zum offenen Ausbruch und zu ihrer politischen Formulierung kam diese Gegnerschaft gegen die Juden, als 1872 in Preußen die Schulen verweltlicht wurden und die Geistlichkeit, in ihrer ersten Bestürzung kritisch getrübt, hierin einen Angriff des „internationalen Judentums“ gegen das Christentum erblickte.

Durch Bismarcks Bündnis mit den Konservativen und Klerikalen gegen den Liberalismus und den damals eben emporkeimenden Sozialismus wurden auch die Agrarier in das Fahrwasser des politischen Antisemitismus geleitet, indem sie ihre Politik gegen die Städte und die in den Städten angeblich tonangebenden Juden richteten. Als Erfolg dieser Bewegung wurde 1878 zum ersten Male in Deutschland eine politische Partei mit ausgesprochen antisemitischem Programm gegründet und, da sie unter der Führung des volkredernerisch begabten Hofpredigers Stöcker stand, der Antisemitismus unmittelbar in die Massen und auf die Gassen getragen.

Die Juden, die sich im unantastbaren Besitz der ihnen feierlich zugesagten Gleichberechtigung wähnten und hofften, daß sich ihre staatsbürgerliche Stellung mit der zunehmenden Aufklärung der Juden und Nichtjuden von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verbessern würde, gaben sich nur widerstrebend und zögernd der Erkenntnis hin, daß sie die ihnen gesetzlich verbürgte Gleichberechtigung nicht nur nicht besaßen, sondern sogar in Gefahr waren, ihre bisherige Position wieder zu verlieren. Nur langsam und schwer ließen sie sich herbei, den wahren Charakter und den Ernst dieser antisemitischen Bewegung anzuerkennen, und ebenso widerstrebend entschlossen sie sich zu einer organisierten Abwehr, durch die sie die Existenz des Antisemitismus und das Vorhandensein einer angegriffenen jüdischen Minorität anerkannten. Der erste Jude, der öffentlich gegen den Antisemitismus Stellung nahm, war der an der Berliner Universität als Professor wirkende Völkerpsychologe Moritz Lazarus durch seine Schrift „Was heißt national?“. 1880 wandten sich 75 angesehene Christen, darunter der Berliner Oberbürgermeister Forkenbeck, der Staatsrechtslehrer v. Gneist, Mommsen, Sybel, Siemens öffentlich gegen den Antisemitismus und kurz danach trat wieder auf Anregung von Moritz Lazarus das „Dezember-Komitée“ zusammen, dem auch angesehene Juden beitraten.

In den achtziger Jahren stieg die antisemitische Welle immer höher. Der „Verein deutscher Studenten“, der unverhohlen jüdenfeindliche Tendenzen vertreten wollte, wurde gegründet, dem Reichstag

ging ein von 250 000 Wählern unterschriebener Antrag auf Entrechtung der Juden zu, in Pommern, Westpreußen usw. erfolgten die ersten Pöbelangriffe gegen Juden im modernen Deutschland und an allen Orten drängte man die Juden aus ihren Beamtenposten und öffentlichen Ämtern heraus, so daß sie im Gegensatz zum erhofften Ausgleich von neuem in eine staatsbürgerliche Ausnahmestellung gedrängt wurden. Den Höhepunkt erreichte die damalige antisemitische Verhetzung des Volkes mit dem sogenannten Ritualmordprozeß zu Xanten (1891).

Bezeichnenderweise waren es auch nunmehr nicht Juden, sondern Christen, die sich zu einer öffentlichen Bekämpfung des Antisemitismus zusammenschlossen. 1890/91 konstituierte sich unter der Führung des Staatsrechtlers Rudolf v. Gneist der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, der einen von 500 Christen unterzeichneten Aufruf aussandte und hierdurch dem Verein über 10 000 Mitglieder zuführte.

Nunmehr erst begannen die Juden der Berliner Gemeinde sich zu einer Selbstwehr aufzuraffen. 1891 traten 25 führende Persönlichkeiten zu einem „Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe“ zusammen. 1892 erschien Raphael Löwenfelds Schrift „Schutzjude oder Staatsbürger?“ und F. Simons ähnliche Broschüre „Wehrt Euch! Ein Mahnruf an die Juden“ mit einem Geleitwort von Bertha v. Suttner. Als Ausklang seiner Streitschrift forderte Raphael Löwenfeld all diejenigen Leser, die ihm in seinen Forderungen beistimmten, zur Meldung auf, und so scharte sich um ihn eine Gruppe selbstbewußter Juden, darunter zahlreiche, die in den kommenden Jahrzehnten im jüdischen und im öffentlichen Leben eine bedeutende Rolle zu spielen berufen waren (Hugo Preuß, Eugen Fuchs, Hermann Stern, die späteren Professoren Mendel, Mendelsohn und Senator, Dr. Panser u. a.)

Am 26. März 1893 wurde alsdann unter der Leitung von Martin Mendelsohn, Eugen Fuchs, Heinrich Meyer Cohn, Raphael Löwenfeld, Julius Schneider und Adolf Herzfeld der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ gegründet mit der Aufgabe, „die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung und in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken.“

Am 29. Juni fand nach einem Aufruf „An die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ in der Singakademie die erste öffentliche Versammlung statt, in der Martin Mendelsohn, Raphael Löwenfeld und Eugen Fuchs als die ersten drei öffentlichen Redner des C.-V. sprachen. Als Grundsätze des Vereins wurden an diesem Abend die vier Thesen aufgestellt:

1. Wir deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens stehen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität. Unsere Gemeinschaft mit den Juden anderer Länder ist keine andere als die Gemeinschaft der Katholiken und Protestanten Deutschlands mit den Katholiken und Protestanten anderer Länder. Wir erfüllen als Staatsbürger freudig unsere Pflicht und halten fest an unseren verfassungsmäßigen Rechten.

2. Wir gehören als Juden zu keiner politischen Partei. Die politische Meinung ist wie die religiöse Sache des einzelnen.

3. Wir haben keine andere Moral als unsere andersgläubigen Mitbürger. Wir verdammen die unsittliche Handlung des einzelnen, wes Glaubens er sei.

4. Wir verwahren uns gegen die leichtfertige oder böswillige Verallgemeinerung, mit der Vergehen einzelner Juden der jüdischen Gesamtheit zur Last gelegt werden.

In den letzten Tagen des Jahres 1893 erstattete Mendelsohn einen Bericht, der unter dem Titel „Die Pflicht der Selbstverteidigung“ als erste Werbeschrift des C.-V. Verbreitung fand. Er betonte die Pflicht der Juden, sich selbst zu verteidigen, statt diese Aufgabe den Andersgläubigen zu überlassen und erwartete von einem offenen Eintreten für jüdische Interessen in der Öffentlichkeit „die Wiederkehr des Selbstbewußtseins unter uns Juden, das Verschwinden der jetzt leider noch so allgemeinen Scheu, offen zu bekennen, daß man Jude sei.“ Mit 1420 Mitgliedern begann der Verein das zweite Geschäftsjahr 1894, an dessen Schluß Martin Mendelsohn den Vorsitz niederlegte, den nunmehr Maximilian Horwitz übernahm.

Im Verein mit Eugen Fuchs setzte sich Horwitz das Ziel, den neugegründeten Verein über ganz Deutschland auszubreiten und damit aus dem Verein eine Bewegung zu schaffen. Beide Führer begannen die deutschen Städte zu bereisen und die Gründung von Ortsgruppen zu betreiben.

Aber die deutsche Judenheit war in jenem Jahrzehnt noch nicht für eine gemeinschaftliche Leistung im Geiste jüdischer Interessen reif. Die Erfolge der beiden Führer waren zunächst gering. Erst seit dem Jahre 1905 nahm der C.-V. jenen Aufschwung, der ihn bis heute mit etwa 60 000 Mitgliedern und 555 Ortsgruppen numerisch an die Spitze aller jüdischen Organisationen Deutschlands setzt.

Als erste Institution eröffnete der C.-V. 1895 eine Rechtsschutzstelle, die „für einen einzelnen Juden eintritt, wenn in seinem Falle Rechte und Interessen des Judentums beeinträchtigt sind oder wenn ihn die Unbill lediglich wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum betroffen hat.“ Eine Überwachungsstelle für die deutsche Presse stellt antisemitische Verleumdungen

und Falschberichte über Juden und jüdische Angelegenheiten fest und erwirkt deren Berichtigung.

Der wissenschaftliche Antisemitismus wird durch Förderung und Herausgabe von Werken wissenschaftlichen Charakters, durch Kritiken und Vorträge bekämpft, antisemitische Angriffe gegen das Judentum wie Ritualmordanklagen, Religionsbeschimpfungen, Schächtverbote, Ausnahmeerlasse usw. werden durch Wort und Schrift zurückgewiesen, und durch einen dem Verein angegliederten Verlag (Philo-Verlag) wird die Herausgabe und Verbreitung jüdischer Schriften im Sinne der C.-V.-Bestrebungen gefördert. („Die Gutachten der Sachverständigen über den Konitzer Mord“ 1903; „Über das Schächten“ 1909; Ismar Freund „Die Emanzipation der Juden von Preußen“ 1912; „Antisemitismus und Strafrechtspflege“; Felix Goldmann „Das Wesen des Antisemitismus“; Julius Goldstein „Deutsche Volksidee und Deutschvölkische Idee“; B. Segel „Die Protokolle der Weisen von Zion“; J. Loewenberg „Der gelbe Fleck“; Al. Guttman „Enthüllte Talmudzitate“; B. Jacob „Auge um Auge“ u. v. a.)

Die vom C.-V. herausgegebene C.-V.-Zeitung erscheint in einer Wochenausgabe von 60 000 und einer Monatsausgabe von 50 000 Exemplaren und dient der publizistischen Abwehr der antisemitischen Angriffe, der Belehrung der Juden und der Aufklärung der führenden christlichen Kreise Deutschlands.

Etwa seit der Jahrhundertwende ringt sich allgemein immer klarer die Einsicht durch, daß die politische Stellung der Juden sowohl in Deutschland wie in den anderen Staaten weniger durch das Augenmerk auf die einzelnen antisemitischen Kundgebungen als vielmehr durch die allgemeine politische Haltung des Volkes, der Regierung und der einzelnen Parteien beeinflusst würde.

Durch die allgemeine Politisierung des öffentlichen Lebens und die wachsende Bedeutung der politischen Parteien auch für die Judenfrage sah sich der C.-V. seit den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1898 genötigt, auch zur inneren deutschen Politik eine bestimmte Stellung einzunehmen und beteiligt sich seither in jenem Sinn am Wahlkampf, daß er die Parteien mit antisemitischem Programm bekämpft.

Juni 1931.